

Resolution

der Delegierten-Vollversammlung der AGABY

Flüchtlinge schützen statt abwehren!

Für eine humane Flüchtlingspolitik, gegen diskriminierende Gesetze

Wir, die Delegierten der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns, mahnen die politisch Verantwortlichen zu einer humanen Flüchtlingspolitik. Die Flüchtlinge, die bei uns Schutz vor Verfolgung, aber auch vor Kriegen, Hunger und Umweltkatastrophen oder vor von Europäern hofierten Diktatoren suchen, haben ein Recht auf Schutz und menschenrechtswürdiges Leben. Sie dürfen nicht nur abgewehrt oder mit diskriminierenden und zum Teil ihre Menschenwürde verletzenden Gesetzen und Lebensbedingungen empfangen werden. Die Verantwortung für die Aufnahme der Flüchtlinge an den Grenzen Europas muss von Deutschland mitgetragen werden.

Nicht nur die Geschichte der Bundesrepublik und Europas und die unterzeichneten internationalen Konventionen, sondern schon die Menschenrechte verpflichten uns zu einer angemessenen Flüchtlingspolitik. Die Politik darf sich nicht von Abschreckungs- und Abwehrgedanken leiten lassen, sondern von der Menschenwürde, von historischen und internationalen Verpflichtungen. Wir wissen, welche negativen gesellschaftlichen Folgen Sondergesetze und -behandlungen für die Einzelnen und für die Gesellschaft haben.

Die Abwehrhaltung, restriktive Behandlung und Bevormundung, lange und komplizierte Rechts- und Verwaltungswege, jahrelanger, unsicherer Aufenthaltsstatus und Integrationsverbote zermürben die oft entkräftet und traumatisiert hier ankommenden Flüchtlinge und prägen ihr Verhältnis zu ihrem Aufnahmeland sowie ihre späteren Integrationschancen in Deutschland nachhaltig negativ. Viele dieser Menschen bleiben dauerhaft in Deutschland. Sie werden angesichts wirtschaftlicher und demographischer Entwicklungen hier gebraucht. Sie müssen auch im Interesse dieses Landes eine Chance zur Integration bekommen.

- Wir fordern eine Neuorientierung in der Flüchtlingspolitik.
- Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, ihre Durchführungsverordnungen und internen Leitlinien so zu ändern, dass die gegebenen Spielräume zugunsten aller Flüchtlinge möglichst großzügig ausgeschöpft werden.

- Wir fordern die Beendigung der Rückführungsaktionen.
- Wir fordern die Erweiterung des Bleiberechts für die geduldeten Menschen.
- Wir unterstützen die Forderungen des bayerischen Flüchtlingsrates und der Kampagne ABOLISH, die die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und aller diskriminierenden Sondergesetze für die Flüchtlinge verlangt. (<http://www.kampagne-abolish.info>)
- Wir verlangen die vollständige Umsetzung der von der Bundesrepublik ratifizierten Kinderrechtskonvention bei Flüchtlingskindern und jugendlichen Flüchtlingen und unterstützen die Forderungen des Integrationsbeirates der Stadt Erlangen nach einem eigenständigen Aufenthaltsrecht für Kinder und Jugendliche mit Flüchtlingsstatus. (Beschluss des AB Erlangen vom 01.07.2010)
- Wir unterstützen den Vorschlag der Bayerischen Projektgruppe Asyl zur Schaffung einer nach den Bedürfnissen der Flüchtlinge ausgerichteten Erstaufnahmeeinrichtung als Modellprojekt.

Ansbach, den 20. März 2011